

## 51 Prozent

## Sie zielen auf Melania, um Trump zu treffen



Nicole Althaus

Die Woche eins nach Donald Trump hat gezeigt, dass noch einiges zu tun bleibt, wenn die westliche Welt wirklich im postemanzipativen Zeitalter ankommen will, das sie Ende des letzten Jahrhunderts ausgerufen hat. Daran ist vorab der neu vereidigte US-Präsident schuld, der als einer seiner ersten Amtshandlungen die Anti-Frauen-Rhetorik des Wahlkampfes in Politik umgesetzt und Organisationen die im Ausland Familienplanung und Abtreibungsberatung anbieten, die Mittel gestrichen hat. Aber nicht nur. In den letzten Tagen haben auch liberale Intellektuelle und die Frauen, die in Washington gegen den neuen Präsidenten protestiert haben, gezeigt, wo ihre Toleranz und die Solidarität mit dem weiblichen Geschlecht aufhört: bei Melania Knauss Trump.

Unter dem Hashtag #FreeMelania zielten die Wahlverlierer vereint gegen die First Lady, weil sie sich so einfach zum grössten aller Trump-Opfer stilisieren lässt: «Blinzle zweimal, wenn du Hilfe brauchst», stand auf Plakaten am Women's March. Man müsse die arme Frau aus den Fängen des Ungeheuers

befreien, lautete der Tenor zu einer kurzen Videosequenz, die diese Woche die Runde machte und zeigt, wie eine versteinerte Melania sich wie auf Knopfdruck zu einem Lächeln zwingt, als Trump sich zu ihr umdreht, nur um danach wieder zu erstarren. Die Nachrichtenplattform «Slate» wartete mit einer «detaillierten forensischen Analyse von Melania Trumps gruseligem Inaugurationslächeln» auf, die feministische Site «Jezebel» teilte das Video mit dem zynischen Kommentar: «Melania Trump liebt ihren Ehemann und ist sehr glücklich, heute hier zu sein.» Danach rutschten die Kommentare unter die Gürtellinie. Man demonstriert also gegen Trumps Rassismus und erklärt Melania gleichzeitig, wie man Hilfe buchstabiert, man verlangt Solidarität für Frauen, mokiert sich aber über die züchtige Garderobe, die Melania plötzlich trage, obwohl sie doch mehr Übung im Ausziehen habe. Und erkundigt sich auch nach dem Preis, den Donald ihr pro Nacht bezahlen würde. Gern hängt man ein Smiley an.

Nun ist Satire durchaus erlaubt. Und als Ventil für aufgestauten Ärger befreiend. Die Häme aber, die in diesen Tagen genussvoll über der First Lady ausgeschüttet wurde, hat wenig mit Humor zu tun. Sie kann es über weite Strecken an Geschmacklosigkeit mit Trump aufnehmen, schlimmer noch: Man sieht, wie hemmungslos sich selbst Feministinnen beim Sexismus bedienen, wenn sie sich moralisch überlegen fühlen.

Im Kern nämlich ist die Pseudo-Anteilnahme für Melania Teil eines alten Narrativs:



Man sieht, wie hemmungslos sich selbst Feministinnen beim Sexismus bedienen, wenn sie sich moralisch überlegen fühlen.

dem des Trophäenweibes. Schon während des Wahlkampfes rümpften die Medien ihre Nase über die dritte Ehefrau des Immobilienmoguls: Eine, die ihren Körper als Währung einsetzt, gehört schliesslich nicht ins Weisse Haus. Gern wurden dazu Fotos gezeigt, auf denen das Ex-Model wenig trägt. Immer wieder - und bis heute - tauchten Nacktfotos auf. Am klarsten bediente sich die Satire-show «Saturday Night Fever» beim Bild der unglücklichen Goldgräberin und parodierte Melania als Rapunzel, die im goldenen Trump-Tower sitzt und deren Haar einfach nicht lang genug ist, um sie zu befreien.

Das Problem der Stereotype ist nicht, dass sie falsch sind. Sondern dass sie unvollständig sind. Ausgeblendet wird in diesem Fall, dass Mrs Trump sich für ihre Vergangenheit nie rechtfertigt. Im Gegenteil - sie diktierte in die Mikrofone, sie sei stolz auf ihren Körper und den American Dream, den sie sich damit verwirklicht habe. Das sind nicht die Worte eines fremdbestimmten Dummchens, so tönt eine Frau, die den emanzipatorischen Grundsatz der freien Wahl für sich beansprucht. Die Moral von der Geschichte ist also nicht, dass auch die Goldgräberin das Glück nicht heiraten kann. Sondern: dass auch Frauen, die nicht dem feministischen Ideal entsprechen, Menschen sind, die man an ihren Worten und Taten zu messen hat. Und nicht daran, ob einem gefällt, mit welchem Mann sie verheiratet sind.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

## Alles, was Recht ist

## Architektur gewordene Macht



Markus Felber

Architektur hat nicht nur raumgebende und ästhetische Funktion. Gotteshäuser etwa lassen zusätzlich die Grossartigkeit und Allmacht des Hausherrn augenfällig werden. Das gilt auch für gewisse Gerichtspaläste im Land. Klassisches Beispiel - genau genommen neoklassizistisches - ist das 1927 von den Architekten Prince, Béguin und Laverrière erstellte Gebäude des Bundesgerichts in Lausanne.

Bevor einer den Saal des höchsten Schweizer Gerichts betreten kann, muss er sich der Architektur gewordenen Macht der Justiz unterwerfen. Das Portal besteht aus vier 15 Meter hohen korinthischen Säulen, auf denen überlebensgross in Stein gemeisselt Justitia thront. Doch nur schon um unter deren Füsse zu gelangen, gilt es von der gemeinen Strasse her nicht weniger als 50 Stufen andächtig zu erklimmen. Das «Emporschreiten der Treppe» war denn auch als eigener Programmpunkt erwähnt, als der unlängst verstorbene frühere deutsche Bundespräsident Roman Herzog 1995 das Bundesgericht staatsbesuchte.

Wer die vier korinthischen Säulen endlich unterlaufen hat, muss wie am Flughafen einen hochnotpeinlichen Sicherheitscheck erdulden, bevor er durch die «Vereinzelungsanlage» geschleust wird und anschliessend im Inneren des Palais weitere 52 Stufen emporschreiten darf. Doch selbst im Gerichtssaal wird der Besucher den Richtern nicht auf Augenhöhe begegnen, denn die Richtersessel stehen noch einmal drei Stufen höher als die Zuschauerbänke.

Und hatte das Gericht früher das Publikum im Saal erwartet, pflegt es seit ein paar Jahren ein zusätzliches Unterwerfungsritual. Das Publikum wird aufgefordert, sich zu erheben, dann erst marschieren die Richter nach Amtsalter geordnet ein. Wenn schliesslich auch der die Nachhut bildende Gerichtsschreiber seinen bequemen Sessel erreicht hat, erlaubt der Präsident den Besuchern, sich auf ihren unbequemen Bänken zu bequemen.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichtskorrespondent.

## Die E-Mail-Debatte

## «Wir sind doch keine kommunistische Republik»

Jacqueline Badran denkt über die Verstaatlichung aller Immobilien nach. Das geht Gregor Rutz zu weit, obwohl er auch schon in einer Genossenschaft gewohnt hat

## Jacqueline Badran

Werter Herr Rutz. Der Mieterverband reichte 2016 eine Initiative ein, die eine deutliche Expansion der gemeinnützigen Wohnungen verlangt - als Reaktion auf die trotz rekordtiefen Zinsen illegalerweise steigenden Mieten. Der Bundesrat aber will nichts tun und hat die Initiative diese Woche abgelehnt. Ich bin entsetzt ob so viel Ignoranz.

## Gregor Rutz

Das hat nichts mit Ignoranz zu tun, liebe Frau Badran. Der Bundesrat hat einfach versucht, eine einigermassen liberale Rechtsordnung zu gewährleisten. Die Forderung, dass zehn Prozent aller neuen Wohnungen durch gemeinnützige Träger zu erstellen sind, ist absurd: Bereits heute stehen mehr als drei Milliarden Franken Bundesgelder für staatliche Wohnbauförderung zur Verfügung. Die Statistiken des Bundes zeigen: Per Juni 2016 waren über 45 000 Mietwohnungen leer - der höchste Wert seit 1999! Auch die Insertionszeiten von Mietwohnungen auf den Internetplattformen haben zugenommen. Dass in der Schweiz «trotz reger Bautätigkeit» derzeit eine «Wohnungsnot» herrsche, wie der Mieterverband schreibt, trifft schlicht nicht zu. Was sollen diese Forderungen nach immer mehr Regulierung? Der blinde Glaube an staatliche Interventionen führt uns nicht weiter!

## Jacqueline Badran

Moment. Wir reden hier immerhin von einem Verfassungsauftrag. In Artikel 108 unserer Verfassung steht, der gemeinnützige Wohnungsbau sei zu fördern. Dabei knüpft man an eine jahrhundertalte Tradition des gemeinnützigen Bodenbesitzes in der Schweiz an. Aber die Politik ignoriert diesen Verfassungsauftrag. Die rückzahlbaren verzinslichen Darlehen sind ja nett. Sie wurden auch immer alle zurückbezahlt und kosten den Bund nichts. Im Gegenteil, er verdient daran. Die Finanzierung ist nicht das Problem der Genossenschaften. Sie haben Mühe an Land zu kommen, weil zu viel Kapital um

## Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

die knappen Grundstücke kämpft. Das Kapital hat Ihre Partei ohne Not in unser Land gelassen mit der Aufweichung der Lex Koller.

## Gregor Rutz

Sie werfen uns vor, dass es immer mehr Leute in diesem Land hat? Für die zunehmende Migration, liebe Frau Badran, ist Ihre Partei verantwortlich, nicht die SVP. Wir kämpfen für eine Steuerung der Zuwanderung! Die wachsende Nachfrage nach attraktivem Wohnraum an guter Lage führt automatisch zu einer Verteuerung im Immobiliensektor. Wie stellen Sie sich denn die Schweiz der Zukunft vor? Offene Grenzen, hohe Löhne, tiefe Preise, und der Staat bezahlt alles? So geht es doch nicht. Der von Ihnen zitierte Verfassungsauftrag ist längst umgesetzt - es sind Milliardenbeträge, die in die staatliche Wohnbauförderung fließen. Nun ist etwas anderes gefragt: Wir müssen Vorschriften abbauen, das Baurecht liberalisieren und attraktive Bedingungen für kostengünstige, privatwirtschaftliche Wohnbauten schaffen. Mehr Markt und Abbau von Marktverzerrungen - das ist auch hier richtig!

## Jacqueline Badran

Ich habe gesagt: Es wurde mehr Kapital in den Immobilienmarkt hineingelassen, nicht Menschen! Und mit Ihrer Steuerrumpfung-Firmen-Anlock-Strategie sind sehr wohl Sie verantwortlich für die hohe Zuwanderung. Zurück zum Thema: Die Menschen in der Schweiz zahlen 10 Milliarden Franken zu viel Miete, als sie vom Gesetz her müssten. Das ist inakzeptabel. Der Mittelstand ist doch keine Milchkuh! Die Wohnkosten sind immerhin der mit Abstand grösste Posten im Haushaltsbudget. Fakt ist zudem, dass immer weniger Menschen - derzeit 14 Prozent - sich Wohneigentum leisten können. Auch das ist inakzeptabel. Genossenschaften bieten hier einen dritten Weg. Man ist gleichzeitig Eigentümer und Mieter und muss niemandem mit dem hart verdienten Lohn Gewinne abliefern. Ein geniales System, wie unsere Vorfahren schon wussten.

## Gregor Rutz

Nach meinem Studium habe ich einige Jahre in einer privaten Genossenschaft gewohnt; der genossenschaftliche Grundgedanke ist tatsächlich gut. Aber hier geht es um Fragen von Privateigentum, Markt und Staatsinterventionen. Sie verwechseln etwas: Der Mittelstand zahlt schon zu viel - aber bei den Steuern, Gebühren und Abgaben. Die Preise sind überall dort zu hoch, wo der Staat sie administriert. Sie schauen die Immobilienwirtschaft und die Wohnungspreise nur aus Stadtzürcher Optik an. Das ist nicht seriös. Es können doch nicht alle im Seefeld oder am Zürichberg wohnen. Oder sind etwa die städtischen Luxuswohnungen auf dem Hornbach-Areal, wo einige wenige auf Kosten der Steuerzahler die subventionierte Seesicht geniessen können, Ihr Zukunftsmodell? Das belastet den Mittelstand - nicht Mietverträge, die ja jeder freiwillig unterschreibt.

## Jacqueline Badran

Sie bringen da etwas durcheinander. Wenn die Gemeinden ihr Land im Baurecht gegen einen Zins abgeben, ist das ein gutes Geschäft für den Staat und das Gegenteil von Subventionierung. Die Wertsteigerungen von jährlich 5 Prozent bleiben im Volksvermögen, und es spült Erträge in die Kassen. Und die Mietenden zahlen 30 Prozent weniger. Man sagt dem: Win-Win. Würde der ganze Immobilienbestand dem Staat gehören und er nur 3 Prozent Zins für die Nutzung verlangen, könnten wir sämtliche Bundessteuern und Abgaben abschaffen. Und einfachere Baugesetze hätten Sie übrigens schon lange schaffen können. Sie haben ja in den Kantonen die Mehrheit. Go for it!

## Gregor Rutz

Die Wohnraumversorgung in der Schweiz funktioniert privatwirtschaftlich - wir sind doch keine kommunistische Republik. Ein Überangebot von Wohnungen - darauf würde die Übung hinauslaufen - führt zum Preiserfall. Dies hatten wir schon in den neunziger Jahren. Das ist der falsche Weg.

## Strittis Schlagzeile

Zu möglichen alternativen Namen im postfaktischen Zeitalter.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GJK in Zürich.